

04.05.2010 – PM 30/2010

IG BAU präsentiert „Agrar-Agenda 2013“ zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

## „Agrar-Jobs“ attraktiver machen, Agrarsubventionen an Jobs koppeln

**Berlin** – Jobs in der Landwirtschaft sollen attraktiver werden. Das fordert die IG Bauen-Agrar-Umwelt in einer heute in Berlin vorgelegten „Agrar-Agenda“. Die Arbeitsplätze der bundesweit rund 290.000 landwirtschaftlich Beschäftigten müssten durch höhere Löhne und Sozialstandards sowie einen besseren Arbeitsschutz dringend aufgewertet werden. „Vom Spargelstecher bis zum Agraringenieur – die Landwirtschaft muss ihren Beschäftigten mehr bieten. Saisonarbeiter haben derzeit keine Chance auf eine Rente, mit der sie später auch nur halbwegs über die Runden kommen. Bei Fachkräften hapert es in den meisten Betrieben an qualifizierter Aus- und Fortbildung“, sagte der Bundesvorsitzende der Agrar-Gewerkschaft IG BAU, Klaus Wiesehügel. Insbesondere Frauen und Migranten seien die „Schlusslichter der Branche“.

Die Chance, die Weichen in der Landwirtschaft neu zu stellen, sei jetzt gekommen, so Wiesehügel. Es gehe um die Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013. Die dazu von der IG BAU vorgelegte Agenda sei ein mit allen europäischen Agrar-Gewerkschaften abgestimmtes Positionspapier. An die Adresse von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) gerichtet, fordert die IG BAU darin einen Schlussstrich unter die bisherige Praxis der Agrarsubventionen zu ziehen. „Wie hoch die Subventionen sind, hängt noch immer von der Hektarfläche eines Betriebes ab. Das muss sich ändern. Das Subventions-Kriterium Nummer eins muss – neben der Fläche – die Zahl der Arbeitskräfte sein“, so Klaus Wiesehügel. Die Landwirtschaft von morgen müsse ihre Beschäftigten verstärkt in den Fokus rücken und sich „selbstbewusst als festen Bestandteil des europäischen Arbeitsmarktes“ sehen.

Wiesehügel sprach sich zudem für einen sofortigen Stopp der Agrar-Exportsubventionen aus. „Exportprodukte, die mit Steuergeldern für fremde Märkte attraktiv gemacht werden müssen, vernichten genau dort

Arbeitsplätze, wohin sie geliefert werden. Das kann niemand gutheißen“, so der IG-BAU-Chef. Mehr als 40 Prozent des gesamten EU-Haushaltes fließe in die Gemeinsame Agrarpolitik, ein Großteil davon in Subventionen.

Entscheidend für die Agrarförderung müsse auch der Arbeitsschutz sein. In der Landwirtschaft starben im vergangenen Jahr bundesweit nach Angaben der IG BAU 210 Beschäftigte. Im gleichen Zeitraum hätten sich nach der vorläufigen Statistik rund 91.000 Arbeitsunfälle ereignet. Die Zahl der Toten in der europäischen Landwirtschaft schätzt die IG BAU auf rund 1.000. „Die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft gehören zu den gefährlichsten, die wir haben. In Sachen Arbeitsschutz gibt es hier einen enormen Nachholbedarf“, so Klaus Wieseberg. Die GAP-Pläne müssten zudem insbesondere die Lebensmittelqualität und den Verbraucherschutz sowie die Umwelt und regionale Aspekte in den Erzeugerländern in den Mittelpunkt stellen.

### **Hinweis für die Redaktion**

Das GAP-Positionspapier der IG BAU finden Sie im Internet unter:  
<http://www.igbau.de/db/v2/frameset.pl?sid=11716>

(2818 Zeichen)